

Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945-1948 im Spiegel sowjetischer Akten

Von Gerhard Wettig

Politische Rahmenbedingungen

Stalin sah sich bei Kriegsende in Deutschland einem Dilemma gegenüber. Er wollte Macht und System der UdSSR so weit wie möglich auf das besiegte Land erstrecken. Zugleich jedoch war von vornherein klar, daß er mit den Westmächten als Okkupationspartnern zu rechnen hatte, welche die Herrschaft über den größten Teil des deutschen Gebietes ausüben würden. Der sowjetische Führer hatte zwar wichtige Trümpfe in der Hand: die Eroberung Berlins durch die Rote Armee, eine dort folgende, auf mehrere Monate ausgedehnte Alleinherrschaft sowie interalliierte Vereinbarungen, die ihm mit dem Territorium im weiten Umkreis der Vier-Sektoren-Stadt auch die Macht über deren Lebensfähigkeit überantworteten. Auch wenn er diese Vorteile in jeder Weise zu nutzen suchte, hielt er doch Rücksichtnahmen auf die anderen Besatzungsmächte für erforderlich. Er wollte den Bogen nicht überspannen, denn es ging ihm darum, von Berlin aus gesamtdeutsche Entwicklungen in Gang zu bringen. Das schien nur erreichbar, wenn sich die Militärbehörden in den Westzonen nicht widersetzten. Daher strebte er zu den westlichen, vor allem angelsächsischen Staaten ein Verhältnis an, das ihm deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit sicherte.

Daraus folgte unter anderem, daß das Parteiwesen, für dessen zentralen Aufbau er entgegen interalliierten Absprachen (die eine von unten nach oben durchzuführende demokratische Rekonstruktion des besiegten Landes vorsahen) bereits wenige Wochen nach der deutschen Niederlage Genehmigungen hatte erteilen lassen, zumindest im äußeren Erscheinungsbild nicht in Widerspruch zu den ordnungspolitischen Vorstellungen des Westens stehen durfte. Nachdem die sowjetische Besatzungsverwaltung die Absicht zur Zulassung von Parteien verkündet hatte, sorgte sie nicht nur dafür, daß die sich bildenden »Reichsleitungen« ihren Sitz im Ostsektor Berlins nahmen und damit dem Einfluß der UdSSR unterlagen. Sie bemühte sich darum, daß die Öffentlichkeit den Eindruck eines pluralistischen und de-

mokratischen Parteiensystems erhielt.¹ Gleichzeitig aber dienten unmerklich eingefügte Besonderheiten dem Zweck, einen allmählichen Übergang zu sowjetischen Verhältnissen zu ermöglichen.² Die vorerst bestehenden Gründe, Fortschritte in dieser Richtung nicht zu forcieren, mochten nach dem erwarteten militärischen und politischen Rückzug der USA aus Europa³ entfallen. Ein weiteres Motiv für den Kreml, sich zunächst zurückzuhalten, ergab sich aus der Einschätzung der deutschen Gesellschaft. Deren Bewußtsein galt in Moskau aufgrund der vorangegangenen nationalsozialistischen Diktatur als besonders »rückständig« und erschien demzufolge besonders anfällig für den Wunsch nach einem Bündnis mit den »reaktionären« Kräften des kapitalistischen Westens. Eine solche Verbindung aber sollte unbedingt verhindert werden.⁴

Zu den Besonderheiten des Parteiwesens, das die sowjetische Besatzungsmacht in Berlin etablierte, gehörte vor allem die Institution des »antifaschistisch-demokratischen Blocks«. Die Parteien mußten sich bei ihrer Lizenzierung zu dauernder Zusammenarbeit verpflichten. Sie waren auf Konsens festgelegt und sollten daher keine wesentlich voneinander abweichende Positionen formulieren. Die Unterschiede zwischen ihnen bestanden demnach vor allem darin, daß sie sich an verschiedene Gruppen wandten und ihnen die einheitlich festgelegte Linie politisch vermittelten. Damit war die Präsentation eigenständiger Standpunkte und politischer Alternativen prinzi-

1 Da an dieser Stelle auf Einzelheiten und Quellen nicht näher eingegangen werden kann, verweise ich auf die einschlägigen Ausführungen in meinem Buch *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945-1955*, München 1999, S. 90-94.

2 Entsprechende Planungen waren 1944 in Moskau von Exilkadern der KPD unter Anleitung Dimitrovs und teilweise auch Stalins persönlich ausgearbeitet worden: s. die beiden einschlägigen, aus den SED-Akten ausgewählten Dokumentenbände mit den jeweiligen Einführungstexten: Gerhard KEIDERLING (Hrsg.), »Gruppe Ulbricht« in *Berlin April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation*, Berlin 1993; Peter ERLER/Horst LAUDE/Manfred WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«. *Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland*, Berlin 1994. Dazu R.C. RAACK, *Stalin Plans his Post-War Germany* [aufgrund sowjetischer Akten], in: *Journal of Contemporary History* 28 (1993), S. 55 f. 64 f., 69 f.; Notizen Piecks über die Unterredung der KPD-Führung mit Stalin am 4. Juni 1945, in: Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (Hrsg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953*, Berlin 1994, S. 50 f.

3 Präsident Roosevelt hatte auf eine entsprechende Frage Stalins geantwortet, daß er mit wenigen Jahren rechne: *Foreign Relations of the United States. The Conferences at Malta and Yalta 1945*, Department of State Publication 6199, Washington 1955, S. 701 f./Sovetskij Sojuz [Die Sowjetunion], Bd. IV: *Krymskaja konferencija rukovoditelej trech sojuznyh deržav – SSSR, SŠA i Velikobritanii (4 – 11 fevralja 1945g.). Sbornik dokumentov* [Die Krim-Konferenz der Führer der drei verbündeten Mächte UdSSR, USA und Großbritannien (4.-11. Februar 1945). Dokumentensammlung], Moskau 1984, S. 66.

4 Darauf wies, augenscheinlich auf Veranlassung seiner sowjetischen Auftraggeber, Wilhelm Florin die anderen KPD-Planer am 6. April 1944 ausdrücklich hin, wiedergegeben in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (wie Anm 2), S. 143 f.

piell ausgeschlossen. Das damit implizit verhängte Oppositionsverbot erhielt unzweideutigen Herrschafts- und Repressionscharakter durch die Zuweisung der »führenden Rolle« an die KPD, d.h. an deren Spitzenkader, die von der Besatzungsmacht eingesetzt und mit Weisungen versehen wurden.⁵

Die Durchsetzung des kommunistischen Führungsanspruchs beruhte entscheidend auf der Existenz und Tätigkeit der sowjetischen Militärbehörden: Der Hinweis auf den von ihnen erteilten Auftrag überwand in der Regel die Widerstände. Im Bedarfsfall wurden die KPD-Funktionäre oft von ihren »Freunden« durch administrative Maßnahmen oder sogar direkte Gewalt unterstützt. Schritte unmittelbarer Behinderung und Unterdrückung waren um so häufiger, je weniger das Licht der Öffentlichkeit auf die Vorgänge und die an ihnen Beteiligten fiel. Für die Besatzungsmacht war darum die Bekämpfung von Abweichtendenzen in den großen Städten, vor allem in Berlin, wesentlich schwieriger als in der Provinz, vor allem auf dem Land. Auch hatte sie mehr Hemmungen beim Vorgehen gegen prominente Spitzenpolitiker, als wenn sie mit weithin unbekannten Vertretern der Parteibasis »arbeitete«.⁶

Ein analoges Oppositionsverbot wurde auch im vopolitischen Bereich institutionalisiert. »Gesellschaftliche Organisationen« wie Gewerkschaft, Jugend- und Frauenverband wurden mit dem Anspruch der Überparteilichkeit von dafür abgestellten KPD-Kadern ins Leben gerufen. Dabei ging es zunächst nur darum, das Entstehen eines pluralen Gefüges mit selbständigen Vereinigungen unterschiedlicher Richtung zu verhindern. Führende Politiker der Ost-CDU erkannten früh die Gefahr, die mit der Etablierung eines Systems von Einheitsverbänden entstand, vermochten sich aber mit ihrem Widerspruch nicht durchzusetzen, weil die Verfechter mit dem Rückhalt der Besatzungsbehörden operierten.⁷ Nur die Kirchen paßten als sozial autonome

5 Vgl. hierzu näher Manfred WILKE (Hrsg.), *Die Anatomie der Parteizentrale*, Berlin 1998, sowie meine Untersuchung *Handlungsspielräume und Abhängigkeiten der SBZ/DDR im Verhältnis zur UdSSR 1945-1955*, die in den Bänden der Enquetekommission SED-Diktatur des Deutschen Bundestages (13. Wahlperiode 1994-1998) erscheinen wird.

6 Vgl. u.a. Norman M. NAIMARK, *The Soviets and the Christian Democrats. The Challenge of a »Bourgeois« Party in Eastern Germany, 1945-9* [aufgrund sowjetischer Akten], in: Francesca GORI/Silvio PONS (Hrsg.), *The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1943-53*, London-New York 1996, S. 41; Stefan CREUZBERGER, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ* [aufgrund sowjetischer Akten], Weimar 1996, S. 60-68.

7 Iz dnevnika I.V. Skljarenko: Beseda. S sekretarëm CK Social-demokratičeskoj partii Germanii Otto Grotevolem 1 avgusta 1945g., napravlena Žukovu, Vyšinskomu, Bokovu [Aus dem Tagebuch I.V. Skljarenkos: Gespräch. Mit dem Sekretär des ZK der SPD Otto Grotwohl am 1. August 1945, für Žukov, Vyšinskij und Bokov bestimmt], Dokument 25 in Bd. 2 (9. Mai 1945 – 6. Oktober 1946) der von G.P. KYNIN und J. LAUFER bearbeiteten, vom russischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung gemeinsam herausgegebenen Dokumentensammlung *SSSR i germanskij vopros 1941-1949* [Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1949], der zur Veröffentlichung beim

Gebilde nicht in das allgemeine Strukturschema. Der Leiter der politisch-gesellschaftlichen Führungs- und Kontrollbehörden in der Sowjetischen Militäradministration (SMA)⁸, Oberst Tjul'panov, bescheinigte ihnen nicht zuletzt auch aus diesem Grund von vornherein »reaktionären« Charakter.⁹

Aus Rücksicht auf die Westmächte und die deutsche Öffentlichkeit mußte aber die SMAD auf den offenen Kampf gegen die Kirchen verzichten. Die Besatzungsbehörden suchten daher zunächst nur zu verhindern, daß die – als gesellschaftlich und damit indirekt auch politisch sehr einflußreich angesehenen – Träger der »religiösen Ideologie« dem kommunistischen Regime mit offener Feindschaft begegneten und so zu »gefährlichen Werkzeugen in den Händen der internationalen Reaktion« wurden. Gegenüber der Evangelischen Kirche, der über 80 % der Bevölkerung angehörten und die – anders als die fest disziplinierte katholische Hierarchie – »fortschrittlichen« Einflüssen nicht von vornherein verschlossen war, bestand zudem das Bestreben, ihren »mächtigen propagandistischen Apparat« in sowjetischem Interesse zu nutzen. Hinter der den Kirchen gewährten »vollen Freiheit in ihren Angelegenheiten« und der damit hergestellten »Duldung der Religion« verbarg sich tiefer Argwohn. Die SMAD suchte scharfe Kontrolle auszuüben und sich größtmögliche Einwirkungsmöglichkeiten zu verschaffen, um »reaktionäre religiöse Vorhaben und Absichten« schon im Ansatz zu durchkreuzen und die Nutzung der gewährten Toleranzen zu »antisowjetischen« Zwecken zu verhindern. Außer auf eigenes Bemühen setzte sie dabei auf die »Förderung« von Amtsträgern wie Generalsuperintendent Krummacher und Propst Grüber.¹⁰ Angesichts der nur mühsam zurückgehaltenen sowjetischen Feindseligkeit gegenüber der Religion war es konsequent, daß eine christliche Erziehung der Jugend von Anfang an bekämpft wurde. Die Okkupationsverwaltung wollte das jedoch nicht selbst öffentlich vertreten.

Moskauer Verlag Meždunarodnye otnošenija vorgesehen ist; S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt raboty Upravljenija informacii SVAG (oktjabr' 1945 – oktjabr' 1948gg.) [S. Tjul'panov, Die dreijährige Arbeitserfahrung der Informationsverwaltung der SMAD (Oktober 1945 – Oktober 1948) = Rechenschaftsbericht der von Oberst Tjul'panov geleiteten Behörde von Ende 1948 über ihre Tätigkeit], Bl. 141 (Auseinandersetzungen um den DFB). Die Kenntnis des Dokuments verdanke ich Hermann-Josef Rupieper, der es im Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) entdeckte und im Falle einer entsprechenden zusätzlichen Genehmigung im Wortlaut zu veröffentlichen beabsichtigt.

8 Diese Bezeichnung bezog sich auf die sowjetischen Militärverwaltungen von den unteren Ebenen bis hinauf zu den höchsten Instanzen. Dagegen wurde »in Deutschland« hinzugefügt (woraus sich dann die Abkürzung SMAD ergab), wenn die Ost-Berliner Zentrale oder die von ihr geleitete Gesamtorganisation gemeint war.

9 Tjul'panov, Trëchletnij opyt (wie Anm. 7), Bl. 242.

10 Tjul'panov, Trëchletnij opyt (wie Anm. 7), Bl. 241-243. – Die SMAD verfolgte generell gegenüber unabhängigen Organisationen die Taktik, sich »linker Kräfte« im Kampf gegen unerwünschte »rechte« Tendenzen zu bedienen. Das galt insbesondere auch im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien (S. CREUZBERGER, wie Anm. 6, S. 61, 66 f.).

Sie bewog daher die KPD, die SPD und – nach anhaltendem Druck – auch die noch lange zögernde LDP dazu, diese Rolle zu übernehmen und die CDU zu isolieren.¹¹

Wegen ihrer Verbindungen zu den beiden Kirchen war die CDU (die an der Stelle des von der Besatzungsmacht eigentlich vorgesehenen Zentrums entstanden war) für die SMAD von Anfang an ein politisch schwieriges Element. In deren Sicht war sie eine Kraft, die einen Rückhalt außerhalb der Organisationsstrukturen besaß, die auf sowjetische Veranlassung hin etabliert worden waren. Dieser Partei war daher weitaus schwerer beizukommen als den Liberaldemokraten. Wie groß die Bedeutung war, die der Leiter der für Parteien und Vereinigungen zuständigen Militärbehörde, Oberst Tjul'panov, dieser Tatsache beimaß, ergibt sich aus seiner intern geäußerten Einschätzung, die CDU habe bei den Gemeindewahlen von 1946 sehr viele Stimmen dadurch eingebüßt, daß es gelungen sei, die Evangelischen Kirche zur Erklärung ihrer parteipolitischen Neutralität zu veranlassen. Der Besatzungsfunktionär war auch davon überzeugt, daß das Votum der sächsischen Kirche zugunsten der Enteignung der »Vermögen der Kriegsverbrecher und Nazis« wesentlich zum Erfolg des darüber veranstalteten Referendums beigetragen habe.¹²

Die CDU galt wegen ihrer Verwurzelung im christlichen Milieu und in einer »religiösen Ideologie« als potentiell besonders widerstandsfähig und erschien daher als der Hauptwidersacher im bürgerlichen Lager. Die verbreitete Unterstützung der Partei durch die protestantische Geistlichkeit wurde dabei für entscheidend erachtet.¹³ Mit 42.000 Mitgliedern im Dezember 1945 – gegenüber 300.000 Kommunisten, 380.000 Sozialdemokraten und 88.833 Liberalen – war die CDU zwar zahlenmäßig klein, erschien aber der SMAD wegen ihres »großen« Einflusses auf die »Massen« gefährlich.¹⁴ Vor allem unter Jugendlichen, um die als Bannerträger der Zukunft sich KPD/SED und Besatzungsmacht besonders bemühten, genoß die CDU erhebliche Sympathien, die bis in die kommunistisch geführte FDJ hineinreichten.¹⁵

11 Iz dnevnika I.V. Skljarenko: Beseda. S sekretarëm CK Social-demokratičeskoj partii Germanii Otto Grotevolem 1 avgusta 1945g. (wie Anm. 7); V.S. Semënov/I.F. Filippov, Spravka o bloke demokratičeskich partij Germanii [Auskunft über die demokratischen Parteien Deutschlands], 21. Dezember 1945, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

12 S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt (wie Anm. 7), Bl. 243 f. Vgl. S. CREUZBERGER (wie Anm. 6), S. 60 f.

13 In diesem Sinne etwa S. Tjul'panov an V.S. Semënov, 28. März 1949, AVPRF (Archiv des russischen Außenministeriums), fond 0457a, opis' 7, papka 39, delo 11, Bl. 14.

14 V.S. Semënov/I.F. Filippov, Spravka o bloke, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7). – Der LDP wurde trotz ihrer mehr als doppelt so großen Mitgliederzahl ein »vergleichsweise geringer Einfluß bei den Massen« bescheinigt.

15 V. Semënov, Informacionnoe pis'mo No. 8 o političeskom položenii v Germanii (s 7 ijunja

Die erste Phase der Auseinandersetzungen 1945

Die Ost-CDU konstituierte sich in Berlin am 26. Juni 1945. Erster Vorsitzender wurde Andreas Hermes, der, wie Berija Stalin informierte, im Zusammenhang mit dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 vom Tode bedroht gewesen war und der sowjetischerseits nach der Besetzung Berlins mit einer führenden Position betraut worden war.¹⁶ Als Stellvertreter amtierte Walter Schreiber; im Vorstand waren weiterhin Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und – bis zu seiner Übersiedlung nach Schleswig-Holstein Ende des Sommers – Theodor Steltzer vertreten. Anders als die KPD, deren Beschlüsse und Stellungnahmen in der Regel auf die Initiative der Besatzungsmacht zurückgingen und nie ohne deren vorherige Zustimmung zustande kamen,¹⁷ unterlagen die nicht-kommunistischen Parteien keiner unmittelbaren sowjetischen Steuerung. Von Anfang an kontrollierten jedoch die Okkupationsbehörden genauestens die politische Tätigkeit und übten dabei indirekt lenkenden Einfluß aus.

Instruktiv ist, wie sie anläßlich einer Vortragsreise Schreibers durch Sachsen-Anhalt vorgingen. Zunächst wurde der CDU-Politiker in Halle zu einem vorbereitenden Gespräch eingeladen, nach seinen Auffassungen und Absichten befragt und mit der Empfehlung versehen, sich bei seinen öffentlichen Äußerungen mit bestimmten Auffassungen zurückzuhalten, um »die Provinzialverwaltung nicht in Mißkredit zu bringen«. Auf der ersten Parteiversammlung in Eisleben stellten die – wie stets bei derartigen Veranstaltungen sichtbar präsenten – sowjetischen Aufpasser fest, daß Schreiber sich nicht an den Rat hielt und sich »einige Ausfälle« gegen die Bodenreform erlaubte. Diese wurde zwar offiziell von der KPD verantwortet, war jedoch tatsächlich von der Besatzungsmacht veranlaßt worden. Auch sprach der Redner von einer Gemeinsamkeit mit der LDP in der Abwehr sozialistischer Tendenzen, wandte sich gegen Verstaatlichungspläne, bat um die Freigabe der – von den Militärbehörden generell beschlagnahmten – Ersparnisse, setzte sich für den Erhalt des Berufsbeamtentums ein, äußerte im Zusammenhang mit den sowjetischen Demontagen die Sorge vor einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit und legte entscheidenden Wert auf die »Freiheit der Persönlichkeit«. Das alles waren für die SMA unverzeih-

po 1 ijulja 1946 goda) [Informationsbrief Nr. 8 über die politische Lage in Deutschland (vom 7. Juni bis zum 1. Juli 1946)], Dokument 146 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

16 L. Berija an I. Stalin/V. Molotov/G. Malenkov, 11. Mai 1945, Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), fond 9041, opis' 2, delo 95, Bl. 398 f.

17 Siehe im einzelnen die Untersuchung des Verfassers über *Handlungsspielräume und Abhängigkeiten der SBZ/DDR gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht 1945-1955*, die in den Materialien der Enquete-Kommission SED-Diktatur des 13. Deutschen Bundestages veröffentlicht werden wird.

liche Sünden. Die Okkupationsverwaltung wollte es gleichwohl nicht zu einer direkten Zurechtweisung kommen lassen. Sie organisierte daher Widerspruch und Zurückweisung von deutscher Seite, um Schreiber bei seinen folgenden Auftritten Paroli zu bieten und die Wirkung seiner Äußerungen zu neutralisieren. Zum einen wurde der regionale Apparat der KPD in Bewegung gesetzt. Zum anderen veranlaßte man CDU-Mitglieder dazu, sich öffentlich von dem Vorgetragenen zu distanzieren und sich mit gegenteiligen Auffassungen zu Wort zu melden. Dadurch sollte der Eindruck erweckt werden, als lehne die Partei mehrheitlich die »reaktionären« Auffassungen ihres 2. Vorsitzenden ab.¹⁸

Grundlegende Bedeutung hatte der Konflikt der CDU mit der SMAD wegen der Blockpolitik. Hermes und andere maßgebliche Parteiführer waren nicht bereit, dem Kurs zu folgen, den die KPD – gemäß insgeheim erteilter sowjetischer Weisung – vorgab. Die Okkupationsbehörden sahen darin ein »reaktionäres« Verhalten. Dadurch komme eine »fortschrittsfeindliche« Tendenz in die CDU. Die Partei sei daher von Anfang an zwiespältig gewesen.¹⁹ Obwohl sich die Christlichen Demokraten nach Einschätzung der Besatzungsverwaltung »formal im Rahmen des Blockes« befanden, wurde ihnen zum Vorwurf gemacht, sie bezögen »in vielen Fragen eine Position, die den Beschlüssen des Blocks feindlich« sei. Inakzeptabel erschienen Äußerungen von Hermes wie die, die »Arbeit im antifaschistischen Block« könne nach Lage der Dinge »nicht leicht« sein und vermöge »nur dann fruchtbar [zu] sein, wenn sie auf gegenseitiger Loyalität beruht und wenn keine der Blockparteien nach Hegemonie strebt.« Die sowjetische Empörung verstärkte sich noch durch anschließende Erläuterungen des CDU-Politikers: Er und seine Gesinnungsgenossen hätten »doch nicht darum in den 12 Jahren [des Hitler-Regimes] den Kampf gegen die Tyrannei geführt, um heute eine neue Tyrannei zu erdulden«; die »Einheitsfront« entpuppe sich »als Ausdruck der Herrschaft bestimmter Richtungen«; auf die »Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Christlich-Demokratischen Union« dürfe die »Arbeit im Rahmen der Einheitsfront keinen Einfluß ausüben.«²⁰

Zur zentralen Sachdifferenz wurde die Enteignung der größeren Landwirtschaftsbetriebe (»Bodenreform«), daneben auch vieler Industrie-Unter-

18 A.G. Kotikov an A.A. Sobolev [Vorgänger Semënovs in der Funktion des Politischen Beraters des Obersten Chefs der SMAD], 5. Oktober 1945, Dokument 43 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

19 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, Položenie v ChDS [Die Lage in der CDU], 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 11; S. Tjul'panov an V.S. Semënov, 28. Februar 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 11, Bl. 11.

20 V.S. Semënov/I.F. Filippov, Spravka o bloke, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

nehmen (als Strafe für »Kriegsverbrecher und Nazis«).²¹ Die Kommunisten predigten den Kampf gegen die Unterdrückung der »Junker«, die in den sowjetischen Quellen als *pomeščiki* bezeichnet wurden – ein Ausdruck, mit dem sich historisch die Assoziation der Herrschaft über Leibeigene verbindet. Nach der marxistisch-leninistischen Ideologie war das private Eigentum, vor allem das Eigentum an gesellschaftsbeherrschenden Produktionsmitteln, als solches der Urgrund alles Bösen, also auch des Krieges und des »Faschismus« (als dessen Spielart das NS-Regime galt). Wer daher agrarische oder industrielle Produktionsmittel besaß, gehörte objektiv zu den »Faschisten« und hatte unausweichlich zur Machtergreifung Hitlers und zu dessen Angriffskriegen beigetragen. Indem man diesem Personenkreis den Besitz und damit die Macht entzog, führte man nicht nur die Schuldigen einer gerechten Strafe zu, sondern tat auch einen entscheidenden Schritt zu Beseitigung des Übels verbrecherischer Kriegführung und faschistischer Herrschaft. Das ideologische Dogma erklärt, wieso auch ausgewiesene Gegner des NS-Regimes nicht von den Enteignungen verschont wurden. Zugleich ging es nach internem Zeugnis darum, den bisher gesellschaftlich führenden Schichten die Basis ihrer Macht und ihres Einflusses zu entziehen und so Voraussetzungen für die Etablierung der kommunistischen Parteimacht zu schaffen.²²

Besatzungsmacht und Kommunisten gaben freilich ihre Auffassungen vorerst nicht nach außen hin zu erkennen und bemühten sich statt dessen um den Eindruck, daß es lediglich um eine gerechtere Eigentumsverteilung gehe. Das wurde unter anderem dadurch bekräftigt, daß man zunächst auf Kollektivierung verzichtete und nur die größeren Agrar- und Industriebetriebe beseitigte. Es wurde sogar neues Privateigentum geschaffen, indem eingezogene Ländereien an »Neubauern« aus den ehemals deutschen Ostgebieten übergingen. Nach dem totalen Zusammenbruch der früheren Verhältnisse im Jahr 1945, der weit mehr als nur Staat und Regierung betraf, bestand auch bei bürgerlichen Politikern eine große Bereitschaft, grundlegende soziale Veränderungen zu unterstützen und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, Bergwerken und Banken zu befürworten. Zum Teil betrachteten sie sogar zusammen mit der politischen Linken den Sozialismus als einen Wert, der Engagement verdiente. Sie legten dabei freilich ein anderes Verständnis zugrunde. Die Übereinstimmung war darum teilweise nur oberflächlicher Art war, doch entstand auf dieser Basis gleichwohl ein psychologisch günstiges Klima für Maßnahmen, wie sie in der SBZ eingeleitet wurden. Aber die

²¹ Zu den Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht vgl. etwa N. M. NAIMARK (wie Anm. 6), S. 40 f.

²² Dies wurde etwa 1944 bei den Moskauer Erörterungen über die Nachkriegsplanung für Deutschland herausgestellt (s. die in Fn. 2 genannten Dokumentenbände).

Schärfe der Polemik, die Brutalität des Vorgehens und die Einbeziehung überzeugter Hitler-Gegner ließen bei vielen Sympathisanten von Anfang an Zweifel daran aufkommen, ob es wirklich um eine gerechtere Verteilung des Landbesitzes und um eine Bestrafung von Anhängern des NS-Regimes und seiner Kriegspolitik ging.

Die CDU war nicht grundsätzlich gegen eine Änderung der Besitzverhältnisse auf dem Lande, die mit der Bodenreform auf die politische Tagesordnung gesetzt wurde. Sie kritisierte aber bestimmte Praktiken und Modalitäten. Sie wandte sich insbesondere dagegen, daß auch relativ kleine Landwirtschaftsbetriebe enteignet wurden, daß eine überstürzt-rasche Durchführung die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gefährdete, daß inhumane Methoden gang und gäbe waren, daß jede Entschädigung von vornherein ausgeschlossen wurde und daß selbst Gegner und Opfer der NS-Herrschaft ihren Besitz verloren. Wie es scheint, herrschte die Haltung vor: »So nicht!« Obwohl also eigentlich von völliger Ablehnung keine Rede sein konnte, witterte die Besatzungsmacht eine feindliche »Kampagne«, »aktive Sabotage« und den Ausdruck einer »antisowjetischen« Haltung. Das durfte nicht geduldet werden.²³

Zahlreiche weitere Streitpunkte kamen hinzu. Die CDU war nicht mit der von KPD und SPD ins Auge gefaßten Schulpolitik einverstanden, die unter anderem folgende Forderungen einschloß: »Erziehung der heranwachsenden Generation im Geiste der kämpferischen Demokratie und im Geiste der Freundschaft mit den friedliebenden Völkern« (was im marxistisch-leninistischen Vokabular mit Parteinahme für die kommunistische Sache und die sowjetische Seite gleichbedeutend war), »Säuberung der pädagogischen Kader in den Lehranstalten von nazistischen und militaristischen Elementen und Verwendung bewährter Antifaschisten für die pädagogische Führungstätigkeit« (wofür die Haltung zum neuen Regime das Kriterium bildete), »Liquidierung der vielgestaltigen Struktur der deutschen Schulen und Schaffung eines Einheitsschulsystems«, »Trennung der Schule von der Kirche«, »Einführung einer gesellschaftlichen Kontrolle«, »Schaffung eines neuen Typus des demokratischen, [politisch] bewußten und fähigen Lehrers«, »Demokratisierung der Schule« und »Durchführung einer grundlegenden Reform an den höheren Lehranstalten und in den Universitäten.«²⁴ Unter diesen Parolen verbarg sich ein kommunistisches Programm, das darauf abzielte, das gesamte Erziehungssystem von Grund auf zu verändern, um so die Prägung der nachwachsenden Generation durch bürgerliche Vorstellungen

23 S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 65 f.; Spravka o bloke, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

24 V.S. Semënov/I.F. Fillippov, Spravka o bloke, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

zu verhindern und Voraussetzungen für eine Indoktrination im Sinne der KPD und der UdSSR zu schaffen.

Kontrovers war auch die Frage, welche Behandlung die ehemaligen NSDAP-Mitglieder erfahren sollten. CDU und LDP vertraten in den Diskussionen des Blocks die Meinung, man solle kleinen Pgs mit Nachsicht und ohne Rachegefühle begegnen. Das war genau die Linie, welche die SED-Führung später auf sowjetisches Geheiß nach den Wahlen vom Herbst 1946 formulierte. Der Unterschied war freilich, daß die früheren Nazis ein Jahr später ihre »demokratische« Wandlung durch ein entschiedenes Bekenntnis zur kommunistischen Politik zu beweisen hatten,²⁵ während es den beiden bürgerlichen Parteien im Herbst 1945 darum ging, eine Barriere gegen die totale Übernahme des Verwaltungsapparats durch »antifaschistische« Kader dadurch aufzurichten, daß den bisherigen Bediensteten nicht von vornherein wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP (der sich nur wenige hatten entziehen können) jede politische Eignung aberkannt wurde. Das aber paßte der SMAD nicht ins Konzept. Ebenso wenig entsprach es ihren Vorstellungen, daß sich die CDU dagegen wandte, unter Hinweis auf die grenzenlose Schuld des deutschen Volkes jedweden sowjetischen Anspruch, etwa auf Leistung von Reparationen, für gerechtfertigt zu erklären.²⁶

Um mit der widerspenstigen Partei fertigzuwerden, bekundete die Besatzungsmacht ihre Entschlossenheit, notfalls auch gegenüber ranghohen – und daher im Licht der Öffentlichkeit stehenden – Funktionsträgern Mittel der Repression und Einschüchterung einzusetzen. Der thüringische Landesvorsitzende, Kolter, wurde beschuldigt, die herbstliche Aussaat (die infolge des Durcheinanders der Bodenreform teilweise unterblieben war) sabotiert, die SMA getäuscht und Dokumente gefälscht zu haben, und wurde deshalb aller Ämter enthoben und danach auf Anordnung des Chefs der Sicherheitsapparate in der SBZ, Serov, festgenommen. Haftbefehl wurde auch gegen den Chefredakteur des Parteiorgans, Dovifat, erlassen. Dieser war jedoch als Einwohner des britischen Sektors von Berlin dem sowjetischen Zugriff entzogen.²⁷ Nach diesem Auftakt, mit dem augenscheinlich Angst in den oberen Etagen der CDU verbreitet werden sollte, ging Tjul'panov daran, vor allem die Spitzen der Landesverbände gegen die Leitung in Berlin zu mobilisieren. Als Erfolg meldete er nach Moskau, Lobedanz (Mecklenburg) und Herwegen (Sachsen-Anhalt) hätten sich seiner Auffassung angeschlos-

25 Vgl. Wolfgang LEONHARD, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1955, S. 446-448.

26 V.S. Semënov/I.F. Fillippov, *Spravka o bloke*, Dokument 69 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

27 Ebd.; V.S. Semënov an A.A. Smirnov, 16. November 1945, Dokument 57 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7). – Kolter starb im Dezember in einem Krankenhaus, in das er während der Haft gebracht worden war.

sen, und im Zentralen Parteiapparat seien Friedensburg und Nuschke bereit gewesen, einen Führungswechsel zu Kaiser und Lemmer zu unterstützen – den rangmäßig folgenden Politikern, die sich dem sowjetischen Vorschlag nicht verschlossen.²⁸ Weitere Einzelheiten ließ der Besatzungsfunktionär gegenüber seinen Vorgesetzten wohlweislich unerwähnt: Es lag nicht in seinem Interesse, deren Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es ihm und der SMAD nicht gelungen war, nach außen hin das Dekorurn einer deutschen Entscheidung zu wahren.

Die Intervention der Besatzungsmacht nahm dramatische Formen an. Hermes und andere Mitglieder der zentralen Parteileitung wurden am 12. Dezember von Marschall Žukov vor allem wegen ihrer Haltung zur Bodenreform bedrängt. Drei Tage später fand ein Gespräch statt zwischen Tjul'panov und Kaiser, das dem gleichen Thema gegolten haben dürfte. Hermes und Schreiber wurde am 18. Dezember von dem sowjetischen Oberst eröffnet, der Chef der SMAD habe das Vertrauen zu ihnen verloren und könne ihnen daher die Führung der CDU nicht mehr erlauben. Sie hätten daher zurückzutreten. Das lehnten die zwei Vorsitzenden ab. Daraufhin forderte sie Tjul'panov zur Teilnahme an einer Aussprache mit Vertretern der Landesverbände auf (die inzwischen von den Besatzungsbehörden nach Ost-Berlin geholt worden waren). Vor Sitzungsbeginn verlangte Tjul'panov erneut den Rücktritt. Als beide CDU-Politiker sich abermals weigerten, wiederholte er seine Aufforderung als Befehl. Aber auch das brachte nicht den gewünschten Erfolg. Obwohl klar war, daß die Versammelten von den Vertretern der Okkupationsmacht gründlich bearbeitet worden waren, ließen es Hermes und Schreiber auf deren Entscheidung ankommen. Auge in Auge mit ihren Vorsitzenden, wichen die meisten Anwesenden der klaren Stellungnahme aus, zu der sie zuvor gedrängt worden waren. Zugleich jedoch zeigte sich, daß sich die beiden nächstrangigen Führungsmitglieder, Kaiser und Lemmer, nicht vor die Spitze ihrer Partei stellten und eher deren Rücktritt befürworteten. Da aber gleichwohl kein Beschluß gegen Hermes und Schreiber zustande kam, sah der Besatzungsfunktionär keine andere Möglichkeit mehr, als seinerseits die Absetzung des 1. und 2. Vorsitzenden zu verfügen und Kaiser und Lemmer als Nachfolger vorzuschlagen. Diese erklärten sich nach einer Anstandsfrist von zwei Tagen zur Annahme bereit.²⁹

28 S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 65 f.

29 Manfred WILDE, *Die SBZ-CDU 1945-1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998, S. 236-253; N. M. NAIMARK (wie Anm. 6), S. 41-44.

Neue Konflikte in den ersten eineinhalb Jahren der Amtszeit Jakob Kaisers

Die neue Führung der CDU stimmte der Bodenreform und den Modalitäten ihrer Durchführung vorbehaltlos zu. Damit aber war der Konflikt mit der Besatzungsmacht nur im Augenblick beigelegt. Das Grundsatzproblem der KPD-gesteuerten Blockpolitik blieb weiter bestehen. Zunächst freilich machte sich dies kaum bemerkbar: Tjul'panovs Behörde hatte in den vier ersten Monaten des Jahres 1946 andere Sorgen, die sie voll in Anspruch nahmen. Alle ihre Anstrengungen richteten sich darauf, die weithin widerstrebenden Sozialdemokraten dazu zu nötigen, sich mit den Kommunisten zu einer »einheitlichen Partei der Arbeiterklasse« zu vereinigen.³⁰ Das hieß jedoch nicht, daß die SMAD das Interesse an der CDU verloren gehabt hätte. Mit Besorgnis notierte sie etwa, daß die Unionsparteien und kleinere Rechtsparteien bei den Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone vom Januar die meisten Stimmen erhielten, während die Kandidaten der KPD und auch der SPD erheblich dahinter zurückblieben. Über den Erfolg der Gegenseite trösteten sich die sowjetischen Militäroffiziere mit dem Hinweis auf besondere Umstände, die es in ihrem Herrschaftsbereich nicht gebe: Im US-Besatzungsgebiet verfüge die Union über »ein dichteres Netz lokaler Organisationen« und stütze sich auf »alte Parteikader katholischer und ähnlicher Organisationen«, sie habe sich teilweise mit einer größeren Anzahl von Wahlvorschlägen einen Vorteil zu verschaffen gewußt und sei im übrigen durch den meist ländlichen Charakter der Bevölkerung begünstigt worden, zumal die Landgeistlichen vielfach zur Stimmabgabe für die Partei aufgerufen hätten.³¹

Diese Entschuldigungen konnten nicht mehr gelten, als am 6. Mai die Industriearbeiterschaft in Berlin ihre Vertretungen zu wählen hatte. Die SMAD war bestürzt darüber, daß in einem zentral wichtigen Werk des zum Sowjetsektor gehörenden Bezirks Mitte nur 4 SED-Kandidaten, aber

30 Siehe insbesondere Aktennotiz von S. Tjul'panov über die politische Lage in Berlin [Auszug], 14. März 1946, übersetzt wiedergegeben in: Hermann-Josef RUIEPER (Hrsg.), *Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD: Einige ausgewählte Dokumente der SMAD* [aus dem früheren Zentralen Parteiarchiv der KPdSU] 16. Januar 1946 – 7. Juni 1946, Gesellschaft für Demokratie- und Zeitgeschichte, Universität Halle 1997, S. 5-7; Rechenschaftsbericht Tjul'panovs laut Wortprotokoll der Sitzung der ZK-Kommission zur Überprüfung der SMAD-Verwaltung für Propaganda [Auszug], 16. September 1946, in: B. BONVEČ [Bonwetsch]/G. BORDJUGOV/N. NEJMARK [Naimark], *SVAG. Upravljenje propagandy (informacii) i S.I. Tjul'panov 1945-1949. Sbornik dokumentov* [SMAD. Die Propaganda/Informationsverwaltung und S.I. Tjul'panov 1945-1949. Dokumentensammlung], Moskau 1994, S. 158.

31 V. Semënov, *Obščinnye vybory v amerikanskoj zone* [Die Kommunalwahlen in der amerikanischen Zone], 2. März 1946, Dokument 88 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

7 CDU-Leute gewählt wurden, während zuvor KPD und SPD insgesamt 6 Betriebsratsmitglieder (gegenüber 5 auf seiten der CDU) gestellt hatten. Hoffnung schöpfte man jedoch aus der Tatsache, daß Kommunisten und ihnen zugeneigte Sozialdemokraten in einer bedeutenden Fabrik des britisch besetzten Bezirks Tiergarten eine klare Mehrheit erhielten. Im allgemeinen Rahmen der sich im Frühjahr 1946 verschärfenden Ost-West-Spannungen nahmen nach Gründung der SED am 21./22. April die sowjetischen Behörden als schlimmsten innerdeutschen Feind nach den »Schumacherianern« (*šumacherovcy*) die CDU ins Visier, deren Stärke in der SBZ ganz wesentlich auf enge Verbindungen zu »prominenten protestantischen Persönlichkeiten« wie etwa Bischof Dibelius zurückgeführt wurde. Obwohl Kaiser im Dezember als Kandidat der Besatzungsmacht ins Amt gekommen war und deren Forderungen angenommen hatte, begann auch er das Mißfallen der SMAD zu erregen. Entgegen dem kommunistischen Plädoyer für ein straff von Berlin aus geführtes, zentralisiertes Gesamtdeutschland setzte er sich für einen föderalistischen Staatsaufbau ein, der jeder Provinz und jedem Volksstamm des Landes das Recht zu eigenständiger Entwicklung geben sollte. Mit besonderer Empörung notierte die sowjetische Seite, daß er in diesem Zusammenhang von Sowjetisierungstendenzen in der SBZ sprach, die Verstaatlichungen im industriellen Sektor kritisierte und sogar Unzufriedenheit mit der Durchführung der Bodenreform äußerte. Gerügt wurde auch, daß in der CDU die »Funktionäre der linken Richtung, die im Kontakt mit der SED arbeiten,« auf die Gegenwirkung »rechter Elemente« stießen.³²

Während der SED-Kampagne für ein Referendum in Sachsen, mit dem die förmliche Überführung der industriellen Schlüsselbetriebe in »Volkseigentum« eingeleitet wurde, kam es zu weiterer Polarisierung. Durch Druck innerhalb des »antifaschistisch-demokratischen Blocks« wurden CDU und LDP dazu gebracht, bis hinauf zur Landesebene dem Vorhaben schriftlich ihre Zustimmung zu geben. Der Widerstand war damit jedoch noch nicht ausgeräumt. Wie die SMAD feststellte, trafen Vertreter beider Parteien mehrfach insgeheim mit Unternehmern zusammen, um über Möglichkeiten der Gegenwehr zu sprechen. In Beratungen des Blocks machten die bürgerlichen Mitglieder geltend, noch eine Reihe von Fragen bedürfe der Klärung. Auch wollten CDU und LDP die Zahl der zu verstaatlichenden Betriebe verringert sehen. Den Christdemokraten bis hinauf zu ihrem Vorsitzenden persönlich wurde von den Besatzungsbehörden angekreidet, daß sie den Einfluß der SED in den Gewerkschaften zu begrenzen suchten. Das generelle Fazit lautete, die Politik der CDU sei »zweifelhaftig«. Während manche wie etwa

32 V.S. Semënov, Informacionnoe pis'mo No. 6 o političeskom položenii v Germanii (1-15 maja 1946 goda) [Informationsbrief No. 6 über die politische Lage in Deutschland (1.-15. Mai 1946)], 26. Mai 1946, Dokument 124 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

der sächsische Landesvorsitzende Hickmann für die Schaffung volkseigener Betriebe einträten, wende sich ein anderer, bis zur Basis hinabreichender Teil dagegen und greife zu Verzögerungsmanövern. Das von der SMAD erlassene Schulreformgesetz stoße in den Parteigliederungen verschiedener SBZ-Länder auf »besondere Unzufriedenheit«.³³

Durch den Berliner CDU-Parteitag vom 16./17. Juni 1946 sah die Besatzungsmacht ihr weithin negatives Urteil bestätigt. Wie Semjonov bemängelte, wichen alle Redner und Diskutanten in »programmatische« Aussagen aus und unterließen Äußerungen zur Beteiligung ihrer Partei an den »demokratischen Maßnahmen« in der SBZ. Darüber hinaus habe Lemmer den Versuch gemacht, die »Verantwortung für die politische Entwicklung Deutschlands« von der CDU auf die Okkupationsmächte abzuwälzen durch den Vorwurf, sie schränkten als Träger der obersten Gewalt die politische Tätigkeit der Deutschen ein. Das alles war nach Ansicht des sowjetischen Funktionärs kein Zufall. Denn es sei ja bekannt, daß die CDU in der SBZ der »Anstifter aller Stellungnahmen gegen die in Gang befindlichen demokratischen Veränderungen« sei. Dabei verwies er auf frühere Verfehlungen wie insbesondere den Kampf der Partei gegen Boden- und Schulreform. Letztere sei auch auf diesem Parteitag wieder verurteilt worden. In Sachsen suche die CDU die »Übergabe von [1945 zunächst nur beschlagnahmten] Betrieben der Kriegs- und faschistischen Verbrecher in die Hände der Selbstverwaltung zu blockieren.« An diese Feststellung schloß sich ein scharfes Verdammungsurteil an: »Alle Maßnahmen der Sowjetischen Militäradministration werden seitens der CDU von feindseliger Kritik begleitet. Die Arbeit der heute tätigen Organe der deutschen Selbstverwaltung in der Sowjetzone wird von der CDU auf jede Weise angeschwärzt.« Zugleich mobilisiere die Partei ihre Kräfte für die Zukunft und suche »ihren Einfluß auf die Massen der deutschen Bevölkerung auszudehnen.« Das Bekenntnis Kaisers zu einem christlichen Sozialismus erschien vor diesem Hintergrund geradezu lästerlich, zumal der Vorsitzende dabei gegen Nivellierungstendenzen protestierte, den Systemcharakter des Sozialismus in Abrede stellte, gegen Verstaatlichungen Stellung bezog, seiner Partei eine über die Klassen hinweg verbindende Rolle zuwies und für »Klassenfrieden und Sozialreform« plädierte. Das Bekenntnis seines Stellvertreters Lemmer zur Bodenreform als »notwendigem Beitrag zur

33 V.S. Semënov, Informacionnoe pis'mo No. 7 o političeskom položenii v Germanii (15 maja – 7 ijunja 1946 g.) [Informationsbrief No. 7 über die politische Lage in Deutschland (15. Mai – 7. Juni 1946)], 22. Juni 1946, Dokument 143 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

demokratischen Sozialisation« war in der Sicht Semjonovs eine Aussage, zu dem sich der Redner lediglich »gezwungen« gesehen hatte.³⁴

Es muß offen bleiben, ob Kaisers öffentliche Zustimmung zum »Molotov-Plan« auf der Pariser Vier-Mächte-Konferenz Mitte 1946 – eine Position, die von einer bis dahin ungewohnten Schärfe gegenüber den Westmächten bestimmt war und die unzweideutig eine Transformation des politischen und sozialen Systems in Deutschland nach sowjetischer Vorstellung postulierte³⁵ – durch Unkenntnis, Mißverständnis oder Opportunismus motiviert war. Die Besatzungsmacht notierte zwar aufmerksam die Aussage, daß »es jeder Deutsche von ganzem Herzen (gorjačo) begrüßen wird, wenn die künftige Friedenspolitik im Geiste der Erklärungen Molotovs betrieben werden wird«, gestand aber dafür den Christlichen Demokraten keinen Bonus, etwa in Gestalt verringerter Feindseligkeit, zu.³⁶

Dem rückblickenden Urteil Tjul'panovs zufolge, herrschte auch unter Kaisers Führung in der CDU die Tendenz, die geforderte Unterordnung zu verweigern. Die SMAD sah darin ein »antisowjetisches« Verhalten, in dem »reaktionäre« Gesinnungen und Absichten zum Ausdruck kämen. In der ersten Hälfte des Jahres 1947 verschärften sich die Spannungen, als die Besatzungsmacht zunehmende Anzeichen dafür festzustellen glaubte, daß der Vorsitzende in seiner Partei eine »systematische Säuberung« durchführte, um »linke« Funktionsträger auszuschalten. Tjul'panov sah sich gleichwohl zu einer abwartenden Haltung veranlaßt: Kaiser, so erläuterte er später gegenüber seinen Vorgesetzten in Moskau, habe damals »noch nicht so offen proamerikanisch« agiert wie später, und zugleich habe man beim Bemühen um politische Einflußnahme auf die Westzonen seine guten Verbindungen gebraucht.³⁷

34 V. Semënov, Informacionnoe pis'mo No. 8 o političeskom položenii v Germanii (s 7 ijunja po 1 ijul'ja 1946 g.) [Informationsbrief No. 8 über die politische Lage in Deutschland (vom 7. Juni bis 1. Juli 1946)], 10. Juli 1946, Dokument 146 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

35 Vgl. die Presseerklärungen Molotovs vom 26. Mai 1946 und seine Stellungnahmen auf der Pariser Außenministerkonferenz am 9. und 10. Juli 1946, übersetzt wiedergegeben in: W.M. MOLOTOW, *Fragen der Außenpolitik. Reden und Erklärungen April 1945 – Juni 1948*, Moskau 1949, S. 39-74; TASS-Kommentar vom 16. Juni 1946, abgedruckt in: *Izvestija*, 18. Juni 1946 [ungenau deutsche Übersetzung in: *Tägliche Rundschau*, 18. Juni 1946]; *Obsuždenie v SSSR amerikanskogo predloženija o zaključenija dogovora o razoruženii i demilitarizacii Germanii (1945-1947gg.)* [Die Erörterung des amerikanischen Vorschlags zum Abschluß eines Vertrages über die Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands (1945-1947)], in: *Meždunarodnaja žizn*, 8/1996, S. 72.

36 V.S. Semënov, Informacionnoe pis'mo No. 9 o političeskom položenii v Germanii (s 1 po 20 ijul'ja 1946 goda) [Informationsbrief No. 8 über die politische Lage in Deutschland (vom 1. bis 7. Juli 1946)], 10. Juli 1946, Dokument 152 in Bd. 2, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7).

37 S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 66-74.

Offene Krise des Verhältnisses zur SMAD im zweiten Halbjahr 1947

Als es Mitte 1947 anlässlich des Marshall-Plans zum offenen Kalten Krieg kam, änderte sich die sowjetische Deutschland-Politik grundlegend. Stalin gab die Hoffnung auf, sich seinen Zielen im Einvernehmen mit den Westmächten nähern zu können. Daher ließ er die bisherigen Rücksichten auf diese fallen und suchte fortan die SBZ in eine zuverlässige »Bastion des Sozialismus« zu verwandeln, die dem westlichen »Klassenfeind« keine Ansatzpunkte für »antisowjetische« Einflußnahmen bot. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es freilich konsequent gewesen, wenn er die störenden bürgerlichen Parteien beseitigt und nur noch die SED geduldet hätte. Das erschien ihm jedoch untunlich, weil er trotz des offenen Bruchs mit den drei anderen Besatzungsmächten, die den größten Teil Deutschlands beherrschten, am Ziel der deutschen Staatseinheit festhielt. Darum kam es für ihn nicht in Betracht, von der Fiktion einer lediglich »allgemein-demokratischen« Ordnung in der SBZ abzurücken, denn es galt, die noch ohne sozialistisches bzw. kommunistisches Bewußtsein lebenden »Massen« in den westlichen Landesteilen zu gewinnen. Das Parteiensystem im Osten benötigte daher nach außen hin weiterhin eine bürgerliche Komponente. Die führenden Kreise in Moskau und Ost-Berlin konstatierten zwar intern eine »volksdemokratische« Entwicklung, in welcher der SED-Führung das Herrschaftsmonopol Zustand und die Repression wegen »verschärften Klassenkampfes« intensiviert werden mußte, sprachen aber in der Öffentlichkeit nur von einer »fortgeschrittenen« Form der Demokratie. Trotz der seit Frühherbst 1947 vehement vorangetriebenen Sowjetisierung nicht zuletzt auch des ostdeutschen Parteiwesens blieb bis 1952 das Wort »Sozialismus« tabu. Im Blick auf die Westzonen suchte man auch im sozialen Bereich den Eindruck sozialistischen Eifers zu vermeiden: Das kleine bis mittlere Privateigentum blieb vorerst noch unangetastet.³⁸

Schon seit dem Sommer 1946 war es zu sich steigernden Spannungen zwischen der SMAD und der Ost-CDU gekommen.³⁹ Das intensive sowjetische Bemühen, die Partei fest in die Blockdisziplin einzubinden, zur unbedingten Gefolgschaft gegenüber der SED anzuhalten und zu unbedingtem Eintreten für den »demokratischen Aufbau« östlicher Prägung und das Zusammenge-

38 Zur sowjetischen Politik ab Mitte 1947 s. etwa die im Zusammenhang mit dem Stalin-Gespräch mit der SED-Führung vom 18. Dezember 1948 angefertigten Pieck-Notizen in: Rolf BADSTÜBNER/Wilfried LOTH (wie Anm. 2), S. 246-274. Erst im Gefolge der Note vom 10. März 1952 formulierte Stalin einen Kurs, der erklärtermaßen auf die Durchsetzung des sozialistischen Systems abzielte und einschneidende Maßnahmen zum »Schutz« vor dem Westen vorsah. S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt (wie Anm. 7), Bl. 243 f. Vgl. S. CREUZBERGER (wie Anm. 6), S. 60 f.

39 A. Smirnov an V.S. Semënov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 27 f.

hen mit der UdSSR zu gewinnen, hatte kaum Erfolg gezeitigt.⁴⁰ Die erweiterte Sitzung des CDU-Vorstands am 12. Juli 1947 überzeugte Tjul'panov nach dessen späterem Bekunden endgültig davon, daß die bisherige Parteiführung abgelöst werden mußte. Kaiser habe sich mit der Unterstützung von Führungskollegen wie Gradl, Tillmanns, Sagner und Frau Nebgen gegen die Blockpolitik, gegen den Prozeß der »Demokratisierung« in der SBZ und gegen die »Zusammenarbeit« mit der Besatzungsmacht insgesamt gewandt. Im Kreise der Landesvorsitzenden freilich, so glaubte der SMAD-Funktionär feststellen zu können, habe sich Widerspruch geregt. Zunächst dachte er, damit einen Ansatzpunkt zu erfolgversprechender Einflußnahme gewonnen zu haben. Seine Behörde »arbeitete« daher mit den Parteitagsdelegierten. Mittels zahlreich veranlaßter Presseartikel und CDU-Versammlungen suchte er Kaiser und seinen »rechten Flügel« unter Druck zu setzen. Bei diesen Bemühungen zeigte sich jedoch, daß die Teilnehmer des Parteitags willens waren, sich mit großer Mehrheit hinter ihren Vorsitzenden zu stellen. Um Solidarisierungseffekte zu vermeiden, verschob Tjul'panov daher den Absetzungsversuch und bereitete lediglich hinter den Kulissen »Maßnahmen« für eine spätere Entfernung Kaisers und seiner Gesinnungsfreunde vor.⁴¹

Den CDU-Parteitag vom 6. bis 8. September 1947 leitete Tjul'panov ein mit einer Darlegung des sowjetischen Standpunkts zur Deutschland-Frage. Mit der These des scharfen Widerstreits zu den Plänen der anglo-amerikanischen »Spalter« setzte er einen nicht zu übersehenden Akzent, der für die anschließenden Redner wegweisend sein sollte. Kaiser jedoch trug im anschließenden Hauptreferat ein weiteres Mal seine Vorstellungen von einem die Gegensätze versöhnenden »Deutschland zwischen Ost und West« vor. Er sprach sich zwar für eine weitere Zusammenarbeit mit SED und LDP aus, äußerte aber zugleich sein Mißfallen über die unter dieser Parole gestartete, gegen ihn zielende Kampagne in seiner Partei. Dabei beteuerte er, daß er sich nicht gegen den Block wende, und relativierte zugleich dessen Bedeutung als nur »eine der Formen der gemeinsamen Arbeit«. Diese Aussage erschien in sowjetischer Sicht vollends unerträglich, weil sich der Hinweis anschloß, eine »gesunde, konstruktive Opposition« sei in einer Demokratie notwendig. Als nicht akzeptabel galt auch die weitere Bemerkung, diese Feststellung sei veranlaßt worden durch die »Tendenz der SED, den Block in ein Instrument ihrer Politik zu verwandeln.« Zudem bewertete der CDU-Vorsitzende den Marshall-Plan positiv, denn dieser trage der deutschen Hilfsbedürftigkeit

40 S. Tjul'panov, *Položenie v ChDS sovjetskij zony i Berlina*, RCChIDNI (ehem. Zentralarchiv der KPdSU), fond 17, opis' 128, delo 568, Bl. 62-74.

41 Ebd., Bl. 74-81; A. Smirnov an V.S. Semënov, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 28; 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, *Položenie v ChDS*, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 65; S. Tjul'panov, *Trëchletnij opyt*, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 74-76.

Rechnung. Er würde es freilich für noch besser erachten, wenn dem besetzten Land gemeinsam von allen vier Mächten materiell unter die Arme gegriffen würde. Man solle daher die Londoner Außenministerkonferenz abwarten, auf der die Alliierten vielleicht doch noch zu einer Übereinkunft fänden, was das ganze deutsche Volk wünsche. Zur Frage der staatlichen Einheit unterbreitete Kaiser den Vorschlag eines »Konsultativrates«, in den jeweils ein Vertreter pro Million Einwohner berufen werden sollte. In ihm sollten die angesehensten Politiker des Landes ihren Platz finden. Der Redner deutete auch an, daß die – von Stalin einseitig gezogene – Ostgrenze noch nicht endgültig festgelegt sei.⁴²

Diese Standpunkte widersprachen völlig den Vorstellungen des Kreml. Auch wenn sie weithin auch nicht der Politik der angelsächsischen Mächte entsprachen, waren sie für die sowjetische Seite völlig indiskutabel. Falls Kaisers Ideen von Deutschland als Brücke zwischen Ost und West überhaupt jemals in Moskau taktisch nützlich erschienen sein mögen, so konnte davon spätestens seit dem unverhüllten Konfrontationskurs von Mitte 1947 keine Rede mehr sein: Gegenüber dem Westen waren in Moskau nicht mehr Ausgleich und Verständigung, sondern nur noch Härte und Militanz gefragt. Tjul'panov äußerte sich daher rückblickend voller Empörung über den CDU-Vorsitzenden: Dieser habe eine »Kapitulation vor Schumacher« (der auf östlicher Seite als der schlimmste Feind der UdSSR und des Sozialismus galt) vollzogen; hinter dem Vorschlag des Konsultativrats sei eine Absprache mit den führenden Personen der amerikanischen Militärbehörde, Clay und Murphy, zu vermuten. Bezüglich der deutschen Ostgrenze hielt der sowjetische Funktionär jeden Kommentar für überflüssig. Nach seiner Ansicht war es weiterhin »direkt dem Arsenal der amerikanischen Propaganda entnommen« und vom »Lob aller Reaktionäre« begleitet, wenn Kaiser seiner Partei die Rolle eines »Wellenbrechers des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen« zugewiesen und für eine Ordnung in der Ostzone plädiert hatte, welche die Westdeutschen nicht allzu sehr einschüchtern dürfe. Besonders schwer wog der Vorwurf, daß dem nordrhein-westfälischen Parteifreund Arnold ein Referat erlaubt worden war. Dessen von der sowjetischen Linie noch stärker abweichende Äußerungen dienten dazu, Kaiser noch mehr ins Unrecht zu setzen: Der Redner, so wurde unterstellt, war mit seinen Ausführungen einem Auftrag des CDU-Vorsitzenden gefolgt. Wie Tjul'panov später zur Rechtfertigung seiner nachfolgenden Interventionen ausführte, waren die Parteitagsdelegierten weithin mit der Linie ihres Vorsitzenden nicht einverstanden. Die Stimmenverteilung

42 Ebd., Bl. 77-78.

bei den Vorstandswahlen deuten jedoch eher auf das Gegenteil hin: Kaiser und seine Gesinnungsfreunde erhielten überwältigende Mehrheiten.⁴³

Es war klar, daß aus sowjetischer Sicht die CDU-Führung absolut untragbar war, auch wenn sie es vermieden hatte, sich offen gegen die SMAD zu wenden. Tjul'panovs Behörde arbeitete ein Aktionsprogramm aus, wie der gesamte Parteivorstand ausgehebelt werden sollte. Danach galt es erstens, den Einfluß des »linken Flügels« in der CDU zu festigen und ihm ein organisatorisches Gerüst zu geben. Auf dieser Grundlage waren dann zum Jahresende in den Landesverbänden Protestveranstaltungen gegen Kaiser durchzuführen. Zweitens sollten die Positionen des »rechten Flügels« weiter untergraben werden; die Anhänger Kaisers waren aus führenden Stellungen zu entfernen. Drittens wurde vorgesehen, daß die Parteipresse eine Kampagne mit umfassender Kritik an den Vorstellungen des Vorsitzenden entfaltet. Viertens hatte eine theoretische Abrechnung mit dessen Thesen zu erfolgen. Fünftens war an Vorbereitungen zur Eliminierung Kaisers und seiner Gesinnungsfreunde aus der zentralen Parteileitung gedacht. Sechstens sollte eine »Politik der Revision der demokratischen Reformen« in der SBZ uneingeschränkt unter Verdikt gestellt werden. Siebtens war jeder Versuch einer Kritik an der Ostgrenze scharf zu bestrafen. Achters erschien es notwendig, die Propaganda gegen den Marshall-Plan zu verstärken. Neuntens schließlich erhielt die SED den Auftrag, den »ideologischen Kampf gegen die reaktionäre Linie« der CDU aufzunehmen.⁴⁴

Durchführung der Absetzung Jakob Kaisers

Im Spätherbst 1947 verschärfte sich der Konflikt weiter. Auf einer Reise in die Westzonen suchte Kaiser Unterstützung für seine Idee des Konsultativrats zu gewinnen. Nach seiner Rückkehr hielt er am 16. November in Berlin eine Rede, die nach sowjetischer Interpretation der Absicht Ausdruck gab, die CDU zu einer der SMAD »feindlichen Oppositionspartei« zu machen. Auch enthielten die Ausführungen den als »Verleumdung« bewerteten Hinweis, daß in der Ostzone Menschen verschwinden. Eine Provokation von zentraler Bedeutung sah Tjul'panov in der Weigerung der von Kaiser geführten Partei, sich mit einem angeblich überparteilichen, faktisch jedoch von der SED-Spitze organisierten Aufruf an »alle deutschen Patrioten« zu

43 Ebd., Bl. 78-80. Für Kaiser stimmten 237 und für Lemmer sogar 238 von 238 Delegierten, während für die als 3. und 4. Vorsitzende vorgesehenen Kandidaten aus Mecklenburg und Sachsen, Lobedanz (der als Kandidat der innerparteilichen Opposition gelten kann), und Hickmann (dessen Eintreten für den Mehrheitskurs schwankte), nur 81 bzw. 148 votierten.

44 Ebd., Bl. 80.

solidarisieren, dem zufolge die nationale Einheit gegen die westlichen »Spalter« durchgesetzt und daher die Deutschland-Politik der UdSSR unterstützt werden mußte. Nachdem die CDU dies am 26. November abgelehnt hatte, lud die SED die »patriotischen Kräfte« Deutschlands kurzfristig zu einem Volkskongreß am 6./7. Dezember nach Ost-Berlin ein, der im Blick auf die bevorstehende Londoner Konferenz eine entsprechende Petition an die vier Außenminister zu verabschieden hatte. Erneut wurde den bürgerlichen Parteien der SBZ Zustimmung abverlangt. Auf einer Sitzung des erweiterten Vorstands am 2. Dezember verweigerte sich der CDU-Vorstand ein weiteres Mal. Die vorgesehene Veranstaltung trage keinen gesamtdeutschen Charakter; ihre Relevanz beschränke sich auf die SBZ. Nuschke und Dertinger widersprachen und befürworteten eine Teilnahme. Sie setzten durch, daß eine nicht-parteiamtliche Beteiligung von Mitgliedern und Funktionären für hinnehmbar erklärt wurde. Damit jedoch war Tjul'panov in keiner Weise zufrieden. Er sah die CDU am Kreuzweg angelangt: Würde sie sich als »eine der einflußreichsten Parteien in Deutschland« künftig am »Aufbau der Demokratie« in der Sowjetzone beteiligen oder sich in eine »Partei des Widerstands« dagegen verwandeln?⁴⁵ Dahinter stand die Einschätzung, daß dem Verhalten der Ost-CDU nicht allein wegen ihres Einflusses auf bürgerliche Schichten in der SBZ, sondern vor allem auch wegen der politischen Stärke ihrer Parteifreunde in den Westzonen entscheidende Bedeutung zukomme. Die Hoffnung von 1945, mittels der »Reichsleitungen« im Berliner Ostsektor auf die entsprechenden Parteien in Westdeutschland einwirken zu können, war nach wie vor lebendig.⁴⁶

Mit der offiziellen Weigerung der CDU, zur überparteilichen Staffage des Volkskongresses beizutragen, war für den SMAD-Funktionär der Augenblick der Abrechnung gekommen. Auf Betreiben der Besatzungsbehörden, die keine Anstrengung scheuten, kam es unter den – nicht durch das Rampenlicht internationaler Öffentlichkeit vor Pressionen geschützten – regionalen und lokalen Funktionsträgern der Partei zu Äußerungen der Unzufriedenheit mit dem Vorstand, der aufgefordert wurde, die Entscheidung gegen den Volkskongreß zu überprüfen. Das »linke« Vorstandsmitglied Nuschke provozierte seine Kollegen, indem er auf dem Volkskongreß ein Referat übernahm und sich für die oberste Repräsentanz der Veranstaltung zur Verfügung stellte. Als Kaiser bei einer Zusammenkunft des CDU-Führungsgremiums

⁴⁵ Ebd., Bl. 81-83. In gleichem Sinne: S. Tjul'panov an M. Gribanov, 8. Dezember 1947, AVPRF, 082, 34, 154, 79, Bl. 2-4; 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, Položenie v ChDS, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 65; S. Tjul'panov, Položenie v ChDS sovetsoj zony i Berlina [Die Lage in der CDU der Sowjetzone und Berlins], 3. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 83-85.

⁴⁶ Ebd., Bl. 84 f.

am 11. Dezember die innerparteiliche Krise dadurch zu entschärfen suchte, daß er die sie auf Einmischungen der SMAD, insbesondere auf den von ihr ausgeübten Druck zur Beteiligung am Volkskongreß, zurückführte, widersprach ihm Nuschke. Er erklärte, die Parteimitglieder könnten nicht verstehen, warum ihre Führung die Teilnahme verweigert habe, und legte eine Resolution vor, in welcher der Rücktritt Kaisers gefordert wurde. Der Betroffene wurde offensichtlich überrumpelt – aber gerade das scheint psychologisch zu seinem Vorteil ausgeschlagen zu sein. Jedenfalls hielten nunmehr Vorstandsmitglieder zu Kaiser, die – wie der als Rivale eingeschätzte Lemmer – sonst ihre Distanz zu ihm betonten und daher nach Ansicht der innerparteilichen Widersacher und der sowjetischen Funktionäre auf die andere Seite gehörten. Das wiederum dürfte die gegen ihn beeinflussten Landesvorsitzenden verunsichert haben: Sie wandten sich zwar gegen das Nein zum Volkskongreß, ließen es aber, wie ein Beobachter im sowjetischen Außenministerium kritisch anmerkte, an entschiedener Verfolgung des Absetzungszieles fehlen. Es war daher umgekehrt Nuschke, der sich heftigen Angriffen ausgesetzt sah. Kaiser hatte angesichts des ihm erwiesenen Vertrauens keinen Grund, sein Amt aufzugeben. Nur auf Befehl der SMAD oder nach Abwahl auf einem außerordentlichen Parteitag sei er bereit zu gehen.⁴⁷

Da Kaiser über starken Rückhalt in der CDU verfügte, konnten sich Nuschke und seine Freunde auf einer solche Veranstaltung nicht einlassen. Sie nahmen noch am 11. Dezember Kontakt mit der SMAD auf, trafen sich mit deren Vertretern in engstem Kreis und beschlossen Kaisers Absetzung. Die Entscheidung wurde zunächst geheimgehalten, um unkalkulierbaren Reaktionen an der christlich-demokratischen Basis vorzubeugen. Im übrigen war offen geblieben, wer an die Stelle des bisherigen Führers treten sollte. Am 19. Dezember mahnte Tjul'panov die CDU-Landesvorsitzenden gelegentlich eines Empfangs, der Führungsfrage nicht länger auszuweichen. Anscheinend interpretierte er die bis dahin gezeigte Untätigkeit als stillschweigendes Festhalten an Kaiser, denn er fügte drohend hinzu, wenn die Partei an ihrer Spitze einen »amerikanischen Agenten« haben wolle, dann sei das ihre Sache. Zugleich machte er deutlich, daß er nicht als Intervent in Erscheinung zu treten gedachte, der den Nachfolger bestimmte. Daraufhin fanden sich die Angesprochenen noch am gleichen Tag zur Trennung von Kaiser und dem Berliner Vorstand bereit, bis – wie sie erklärten – das Vertrauensverhältnis zur SMAD wiederhergestellt sei. Am 20. Dezember schlug ihnen ein Vertreter der Besatzungsbehörde ein provisorisches Koordinationskomitee mit den Mitgliedern Lobedanz (Mecklenburg), Hickmann

47 Ebd., Bl. 86f; A. Smirnov an V.S. Semënov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 28-30; S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 83 f.

(Sachsen), Nuschke und Wilhelm Wolf (Brandenburg) als neue Führung vor. Zum Generalsekretär wurde Dertinger bestimmt; die Funktion des Stellvertreters übernahm im Januar Götting. Zustimmung kam zunächst nur von Nuschke und Dertinger. Erst nachdrückliches sowjetisches Drängen bestimmte die Landesvorsitzenden, vor allem Hickmann, schließlich zur Annahme. Am 5. Januar 1948 konstituierte sich das neue Leitungsgremium.⁴⁸

Kaiser betrachtete das Komitee als unrechtmäßig und verteidigte seine Position. Er führte – von West-Berlin aus – auf zahlreichen Versammlungen und durch öffentliche Stellungnahmen den Kampf. Mit Hilfe des zunächst noch auf seiner Seite stehenden Parteiorgans »Neue Zeit« veranstaltete er am 28./29. Dezember 1947 in den Westsektoren eine gesamtdeutsche Konferenz der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, auf der er seine innerparteilichen Widersacher als »sowjetische Agenten« brandmarkte und eine Resolution erwirkte, die ihn und seinen Stellvertreter Lemmer als legitime Repräsentanz anerkannte, die nur durch Beschluß eines Zonenparteitags ersetzt werden könne. Es war nicht zuletzt auf diese und ähnliche Bemühungen zurückzuführen, daß Kaiser seine Stellung in der SBZ und in Berlin noch lange Zeit psychologisch-moralisch behaupten konnte. Die sowjetische Seite sah sich intern zu dem Eingeständnis genötigt, daß die Autorität des Vorsitzenden in der CDU »weiterhin fest« begründet sei. Sogar Mitglieder, die am Volkskongreß teilgenommen hätten, stellten sich auf seine Seite. Wie üblich, folgten der Feststellung des Mißerfolgs Schuldzuweisungen. In der SBZ werde »bislang keine ernsthafte Arbeit gegen Kaiser geleistet«. In Moskau hieß es tadelnd, die Informationsverwaltung sei nicht entschieden genug vorgegangen. Der unbefriedigende Ausgang der Auseinandersetzung diene dazu, die Anklage gegen die »reaktionäre Kaiser-Clique« zu verschärfen. Der bisherige CDU-Vorsitzende habe nun »die Maske fallen lassen« und sei zu einer »offen proamerikanischen Politik« übergegangen. Die anglo-amerikanischen Behörden, die ihn unterstützten, sähen in ihm und seinen Leuten »ihre Agentur in der SBZ« und wollten über sie die »volle Kontrolle« über die Partei gewinnen.⁴⁹

48 Ebd., Bl. 84f; A. Smirnov an V.S. Semënov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 30f; 65-67. Vgl. Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1991, S. 35 f. AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 1-4; S. Tjul'panov an V. Semënov, 25. März 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 71-80; S. Tjul'panov an V. Semënov, 13. April 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 53-61.

49 A. Smirnov an V.S. Semënov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 30-32; S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 85.

Fortschreitende Unterwerfung der Ost-CDU

Die sowjetischen Besatzungsverwaltungen erhielten aus Moskau die Instruktion, in der deutschen Presse eine Kampagne zur Diskreditierung von Kaiser und Lemmer zu entfachen. Auch müsse die neue CDU-Führung dazu gebracht werden, die örtlichen Funktionäre ihrer Partei auf eine klare Absage an die beiden alten Vorsitzenden festzulegen. Auch gelte es, den »linken Flügel« zu stärken und ihm – bei gleichzeitiger Entfernung Kaisers und Lemmers – die Aufgabe des Zusammenwirkens mit der CDU/CSU im Westen zu übertragen. Die »Massen« der Zonenpartei seien auf den nächsten Parteitag vorzubereiten, der jedoch erst dann stattfinden dürfe, wenn die Wahl der richtigen Führung sicher gewährleistet sei.⁵⁰ Die SMA-Landesorgane begannen im Januar 1948 auf Weisung Tjul'panovs die Organisationen der CDU von »reaktionären Elementen« zu säubern. Die Aktion wurde Mitte April abgeschlossen. Anschließend setzten die Vorbereitungen für die Landeskongresse der folgenden beiden Monate ein. Am 12. Februar 1948 faßte das Koordinationskomitee den Beschluß, sich am Volkskongreß (dessen zweite Tagung für Anfang März vorgesehen war) zu beteiligen, obwohl die Stimmung des Parteivolks auch nach sowjetischer Einschätzung deutlich dagegen war. Die neuen Männer waren angesichts ihres Legitimitätsdefizits an einem baldigen Mandat interessiert und fragten daher im April bei der SMAD an, ob sie einen Zonenparteitag abhalten könnten. Die Besatzungsbehörde erklärte ihr grundsätzliches Einverständnis, »riet« aber in Kenntnis des stark vorherrschenden »rechten« Meinungstrends unter den Mitgliedern dazu, vor einem endgültigen Beschluß den Verlauf und die Ergebnisse der Landeskongresse abzuwarten. Zugleich stellte sie die Frage, ob Lemmer künftig weiter mitwirken solle, und deutete dabei an, daß dessen bislang unklare Haltung dafür keine geeignete Voraussetzung biete. Diese Einschätzung war freilich in sowjetischen Kreisen nicht unbestritten: Es gab auch die Ansicht, daß man sich Lemmers bedienen könne, weil er nach wie vor den Kontakt zur SMAD zu halten suche.⁵¹

In der folgenden Zeit festigten Nuschke und Dertinger, gestützt auf die Macht der Besatzungsbehörden, den organisatorischen Zugriff auf die Partei und besetzten die Positionen im zentralen Apparat mit ihren Anhängern. Die CDU beteiligte sich fortan – von der Arbeit auf dem 2. Volkskongreß bis

50 A. Smirnov an V.S. Semënov, 26. Januar 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 33.

51 S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 85-87; 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, Položenie v ChDS, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 66f; S. Tjul'panov, Zamečanja po spravke »O položenii v ChDS« [Bemerkungen zur Auskunft »Über die Lage in der CDU«], 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 61f; S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b), 24. März 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 8 f.

zur Mitwirkung am »demokratischen Aufbau« der SBZ – aktiv an der Durchführung der aus Moskau befohlenen Politik. Sie gab dabei frühere Vorstellungen einer bürgerlichen Gemeinsamkeit mit der LDP auf zugunsten einer engen Anlehnung an die SED und eines damit verbundenen klar sozialistischen Kurses. Ungeachtet aller Einflußnahmen und Pressionen, mit denen die SMAD und die Nuschke-Fraktion den »reaktionären« Tendenzen zu Leibe rückten, blieb jedoch das Parteivolk widerspenstig. Die sowjetische Seite veranlaßte daher die Verschiebung des schon für Juli anberaumten Parteitages auf den Herbst. Aber auch dann erschien der Verlauf noch unkalkulierbar. Erst im April 1949 glaubte die SMAD, die Partei hinreichend unter Kontrolle zu haben.⁵² Aus sowjetischer Sicht war jedoch zunächst nur der Wandel an der Spitze vordringlich. Von dieser politischen Grundlage aus sollte die weitere Entwicklung auf dreifache Weise vorangetrieben werden. Es galt erstens, die CDU zur Anpassung an die anderen Parteien und zur Mitwirkung am »demokratischen Aufbau« zu veranlassen. Zweitens war die Bereitschaft des ostdeutschen Bürgertums zur Kollaboration mit der UdSSR zu gewährleisten. Drittens sollte die Partei als Instrument der Einflußnahme auf das bürgerlich dominierte Westdeutschland genutzt werden.⁵³ Wenn man Kader und Organisation der Partei in der Hand hatte, dann würde man nach stalinistischer Erfahrung früher oder später auch die Basis beherrschen und steuern.

Die Besatzungsmacht war sich daher sicher, daß die Unterwerfung der CDU nur eine Frage der Zeit war. Die Partei blieb jedoch auch dann, nachdem sie zu totaler Anpassung gezwungen worden war, in sowjetischen Augen eine sozial dem bürgerlichen »Klassenfeind« zuzuordnende Kraft, die man so weit wie möglich schwächen mußte. Dem dienten verschiedene Mittel. Die sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Führer hatten, als sie die Volkskongreßbewegung ins Leben riefen, unter anderem den Zweck im Auge, den Einfluß der CDU und der LDP im Prozeß der wechselseitigen »Zusammenarbeit« weiter zu verringern. Die als angeblich überparteiliche, tatsächlich jedoch kommunistisch geführte Gruppierungen einbezogenen »gesellschaftlichen Organisationen« erhielten genau so wie die politischen Parteien in allen Gremien jeweils einen Sitz und eine Stimme. Dadurch erlangte die SED überwältigend große Mehrheiten, in denen die beiden bürgerlichen Parteien völlig untergingen.⁵⁴ Dem folgte im Frühjahr 1949

52 S. Tjul'panov, Trëchletnij opyt, *Dokumentensammlung* (wie Anm. 7), Bl. 86 f.; Oberstleutnant Guljaev an V.S. Semënov, 4. Dezember 1948, AVPRF, 0457a, 5, 33, 27, Bl. 297-299; Gardeoberst Radionov an V.S. Semënov, 6. Januar 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 11, Bl. 1-6.

53 3. Europ. Abt. des sowj. Außenministeriums, Položenie v ChDS, 19. März 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 67 f.

54 Als triumphale Vollzugsmeldung s. W. Ulbricht an M. Suslov im ZK der VKP(b), 12. Dezember 1947, RCChIDNI, 17, 128, 1098, Bl. 6-9. Aus zwei Gründen schien es der sowjetischen

anlässlich der Wahlen zum 3. Volkskongreß die Einführung eines Systems von Einheitslisten, das die Aufteilung der Mandate bereits vor dem Urnengang festlegte.⁵⁵ Etwa zur gleichen Zeit wurden die nicht-kommunistischen Parteien dazu verpflichtet, sich dem Prinzip des »demokratischen Zentralismus« zu unterwerfen, das nach gefaßten Beschlüssen (die allein die oberste Führung bestimmte) jeden Widerspruch und Einwand ausschloß. Damit unterlagen CDU und LDP fortan der gleichen Disziplin wie die Mitglieder der marxistisch-leninistischen Kader- und Kampfpartei.⁵⁶

Als ebenso wichtig sah die Besatzungsmacht die Schaffung kommunistisch gesteuerter Parteien mit bürgerlichem Firmenschild an, die der CDU und der LDP wesentliche Teile ihrer Klientel abspenstig machen sollten. Die SMAD ließ daher im Frühjahr 1948 zuverlässige kommunistische Funktionäre, die natürlich ihre politische Orientierung und den sowjetischen Auftrag vor der Öffentlichkeit zu verbergen hatten, die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Deutsche Bauernpartei (DBP) gründen. Die erste Gruppierung sollte national gesinnte Kräfte, nicht zuletzt frühere NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtskader, direkter kommunistischer Leitung unterstellen. Mit der anderen Gründung wollte die sowjetische Seite die Landbevölkerung ansprechen, die bis dahin trotz der Bodenreform vorwiegend die bürgerlichen Parteien unterstützt hatte. Als erfolgreich erwies sich vor allem die NDPD, die dem SED-Regime bald erheblichen Rückhalt in nationalen Rechtskreisen und bei früheren Wehrmachtsoffizieren ver-

Besatzungsmacht notwendig, die bürgerlichen Parteien trotz ihrer völligen organisatorischen Unterwerfung aller Einflußmöglichkeiten zu berauben: Zum einen galten sie aufgrund ihres sozialen Hintergrundes – also unabhängig von dem ihnen politisch aufgezwungenen Verhalten – als prinzipielle Gegner der sozialistischen Ordnung, und zum anderen konnte die widerständige Haltung unter den Mitgliedern vor allem der CDU noch bis weit in die fünfziger Jahre nicht eliminiert werden. Vgl. insbesondere Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-52. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf, 2. Aufl. 1991; Michael RICHTER, *Vom Widerstand der christlichen Demokraten in der DDR*, in: Brigitte KAFF (Hrsg.), *»Gefährliche politische Gegner«*. *Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 105-124.

55 Michael RICHTER, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – die CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/4, Baden-Baden 1995, S. 2553.

56 Ebd., S. 2554.

schaffte.⁵⁷ Die beiden Parteigründungen gehörten zu dem Instrumentarium, das die Kräfte des Bürgertums zu »zersetzen« bestimmt war.⁵⁸

Fazit

Anders als bei den drei westlichen Besatzungsmächten sah man es auf seiten der UdSSR als selbstverständlich an, daß die Kompetenzen, die sich aus der Übernahme der »obersten Gewalt« im besiegten Land ergaben, dessen gesamtes Leben betrafen. Die dem demokratisch-liberalen Denken entspringende Vorstellung, daß die Machtausübung auf den administrativ-staatlichen Bereich zu beschränken sei und daß darum die gesellschaftlichen Aktivitäten einen Freiraum haben müßten, war den sowjetischen Akteuren völlig fremd. Das marxistisch-leninistische System gestattete kein Nebeneinander von staatlicher Autorität und gesellschaftlicher Autonomie, die Freiräume für eine freie demokratische Willensbildung herzustellen hatte. Daher verstand es sich für die Besatzungsoffiziere der UdSSR von selbst, daß es ihre Aufgabe war, nicht nur auf die ostdeutsche Verwaltung, sondern auch auf die dortigen Parteien bestimmend einzuwirken. In beiden Fällen legten sie Wert darauf, daß ihre Entscheidungen in Beschlüsse scheinbar deutschen Ursprungs übersetzt wurden, ehe sie ins Licht der Öffentlichkeit traten. Als wichtigster Übersetzungsmechanismus dienten die Kader der KPD/SED, denen die »führende Rolle« sowohl in den administrativen Apparaten als auch in der Institution des Parteienblocks zugewiesen war. In sowjetischer Sicht lag die entscheidende Verfehlung der CDU darin, daß sie mit ihren Widerständen gegen den Blockmechanismus die Besatzungsmacht provozierte.

57 S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b) [damaliger Name der KPdSU], 7. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 103-105; S. Tjul'panov an V. Semënov, 7. Mai 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 99-102; *Buržuaznye partii sovetской zony okkupacii Germanii (po materialam PV GSOV v Germanii)* [Die bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands], 24. Mai 1948, RCChIDNI, passim 17, 128, 568, Bl. 127-135; S. Tjul'panov an V. Semënov, 25. Mai 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 113; S. Tjul'panov an L. Baranov im ZK der VKP(b), 28. Mai 1948, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 136-138; Aufzeichnung von Oberst Tjul'panov für L. Baranov im ZK der VKP(b), o.D. [Ende Mai 1948], RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 140-145; S. Tjul'panov, O charaktere i zadachach NDPG, L. Baranov im ZK der VKP(b) am 12. Juni 1948 zugeleitet, RCChIDNI, 17, 128, 568, Bl. 146-157; S. Tjul'panov an V. Semënov, 16. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 185-189; Major Mamontov [Stellv. Tjul'panovs] an V. Semënov, 6. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 183f; S. Tjul'panov an V. Semënov, 29. September 1948, AVPRF, 0457a, 5, 28, 8, Bl. 190-195; S. Tjul'panov an V. Semënov, 9. Februar 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 1-4; S. Tjul'panov an V. Semënov, 25. März 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 71-80; S. Tjul'panov an V. Semënov, 13. April 1949, AVPRF, 0457a, 7, 39, 13, Bl. 53-61.

58 So Stalin am 18. Dezember 1948 im Gespräch mit der SED-Führung im Blick auf die LDP, wiedergegeben in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 2), S. 261.

Dieser Herrschaftsstruktur entsprach ein spezifisch sowjetisches Demokratieverständnis, das sich von den Vorstellungen der CDU grundlegend unterschied. Danach war es den Parteien nicht etwa aufgetragen, sich am Volkswillen zu orientieren, der in Wahlen und anderen Willensakten zum Ausdruck kam. Das Bekenntnis zur Demokratie drückte sich vielmehr allein aus in der Parteinahme für bestimmte politische Inhalte, nämlich für die Prinzipien und Maßnahmen, welche die kommunistische Partei bzw. deren Führung aus der amtlichen Ideologie ableitete. Denn nach Lenin war die Arbeiterklasse – im Bündnis mit jenen Bauern, die nicht zur Klasse der selbstbewußten Eigentümer gehörten – das »wahre«, weil arbeitende Volk. Die kommunistische Partei war dessen »Avantgarde« und kannte als Hüterin der marxistisch-leninistischen Ideologie allein dessen »objektiv« vorhandenes (d.h. nicht an subjektives Meinen gebundenes) Interesse. Nur durch ihre Herrschaft ließ sich demzufolge die Herrschaft des Volkes verwirklichen.

Gemäß dieser Ideologie hatte, wer »Demokrat« war, die Politik der kommunistischen Partei bedingungslos zu unterstützen. Demnach durften die anderen Parteien, die Stalin 1945 in der SBZ zu gestatten für richtig hielt, von vornherein nur Hilfsfunktionen wahrnehmen. Auf der Basis dieses Verständnisses bestand der immer wieder erhobene Vorwurf der SMAD-Funktionäre, die CDU betreibe eine »reaktionäre«, »antidemokratische« Politik, völlig zu recht. Die »demokratischen« Grundsätze freilich, deren Aneignung die Besatzungsoffiziere forderten, waren von Anfang an auf die Errichtung einer kommunistischen Parteidiktatur ausgerichtet. Da sich das demokratische Engagement, das Führung und Mitgliedschaft der Ost-CDU in der Frühzeit miteinander verband, damit nicht vereinbaren ließ, blieb aus sowjetischer Sicht nur die mit allen Mitteln zu erzwingende Unterwerfung dieser Partei übrig.

Vor diesem Hintergrund war der Konflikt zwischen der Ost-CDU und der Besatzungsmacht keine Auseinandersetzung, bei der es einfach um politische Einzel- und Sachfragen ging wie etwa Bodenreform, Haltung zum Marshall-Plan und Beteiligung am Volkskongreß. Vom ersten Augenblick an war die Gesamtorientierung die entscheidende Streitfrage. War die Partei, ungeachtet ihrer bürgerlichen Zusammensetzung und ihrer bürgerlichen Klientel, bereit, sich dem »demokratischen« Programm der Kommunisten anzuschließen? Wenn sie dazu willens war, hatte sie sich der Blockpolitik unterzuordnen. Für die sowjetische Seite stand fest, daß die CDU nur als so verstandene »demokratische Partei« eine Existenzberechtigung besaß. Ihr wurde die Aufgabe gestellt, die bürgerliche Klientel der entstehenden »demokratische Ordnung« sowjetischen Typs zuzuführen. Dementsprechend sollte die Partei die Umwandlung zunächst der SBZ und anschließend ganz Deutschlands in einen Staat unterstützen, der von einer marxistisch-leninistischen Partei geführt wurde und den ordnungspolitischen Vorstellungen des Kreml ent-

sprach. Damit wurde der CDU zugleich abverlangt, sich an der Seite der UdSSR gegen den Westen zu stellen.

Die sowjetische Politik war in den ersten beiden Nachkriegsjahren darauf abgestellt, dieses Ansinnen nach außen hin zunächst zu verschleiern. Dadurch sollten die Westmächte und die mehrheitlich vom Kommunismus bislang nicht überzeugten Deutschen dazu bewogen werden, die Absichten des Kreml als harmlos anzusehen und einer Ausbreitung des sowjetischen Einflusses auf die Westzonen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Stalin wies daher seine deutschen Parteigänger an, gegenüber Sozialdemokraten wie Bürgerlichen vorerst auf kommunistische Parolen zu verzichten und keine Forderungen unverhüllt sozialistischen Charakters zu stellen. Alle einzuführenden Maßnahmen seien mit dem Ziel der »Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution« zu begründen. Von der »Diktatur des Proletariats«, die in der UdSSR als unverzichtbar galt, durfte keine Rede sein.⁵⁹ Dementsprechend hieß es im Gründungsaufwurf der KPD vom 11. Juni 1945, der unter Stalins Aufsicht in Moskau formuliert worden war, »daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre,«denn dieser entspreche »nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland«. ⁶⁰ Nur wer auf den genauen Wortlaut achtete und die Hintersinnigkeit sowjetischer Dokumente kannte, verstand, was gemeint war: Das Programm der unverhüllten Sowjetisierung wurde vertagt, bis die Zeit dafür gekommen war. Seine spätere Verwirklichung sollte auf politischer Ebene vorbereitet werden durch die »Zusammenarbeit« aller Parteien im »antifaschistisch-demokratischen Block«, in der den Kommunisten von vornherein die »führende Rolle« zufiel. Zu den Maßnahmen, die das angestrebte Ziel auf gesellschaftlicher Ebene erreichbar machen sollten, gehörte die Zerstörung des Privateigentums an den Produktionsmitteln von

⁵⁹ Notizen Piecks über die Unterredung der KPD-Führung mit Stalin am 4. Juni 1945, in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 2), S. 51.

⁶⁰ Text: Peter ERLER/Horst LAUDE/Manfred WILKE (wie Anm. 2), S. 390-397. Zur Vorgeschichte: Zur programmatischen Arbeit der Moskauer KPD-Führung 1941-1945, ebd., S. 120-123; Notizen Piecks über die Unterredung der KPD-Führung mit Stalin am 4. Juni 1945, in: R. BADSTÜBNER/W. LOTH (wie Anm. 2), S. 50; Wladimir S. SEMJONOW, *Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939-1991*, Berlin 1995, S. 217. Gerhard KEIDERLIBG, *Wir sind die Staatspartei. Die KPD-Bezirksorganisation Groß-Berlin April 1945-April 1946*, Berlin 1997, S. 75, erwähnt auf der Grundlage der benutzten ostdeutschen Quellen nur die abschließende Billigung des KPD-Aufrufs durch das sowjetische Politbüro sowie durch Stalin und Dimitrov. Die sowjetischen Vorgaben für die Formulierungsarbeit sind ihm unbekannt. Er hätte freilich die von ihm erwähnte Beratung der beteiligten KPD-Spitzenfunktionäre mit Politbüro-Vertretern am 7. Juni 1945 (ebd., S. 77) in diesen Zusammenhang einordnen können.

Stadt und Land, das die Grundlage für die Macht und den Einfluß des Bürgertums in der Gesellschaft war.

Die Zurückhaltung in der Klarstellung der eigenen Ziele, die sich die UdSSR bei Kriegsende auferlegte, hatte nachteilige Rückwirkungen auf die Machtausübung in der SBZ. Die SMAD hielt dort zwar das Heft fest in der Hand, konnte aber gleichwohl nicht verhindern, daß die Unklarheiten der sowjetischen Selbstdarstellung bei Vertretern einer anders ausgerichteten Politik die Hoffnung nährten, auch in dem von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands sei eine Entwicklung zu demokratischer Selbstbestimmung möglich. Dieses Mißverständnis lag auf seiten der CDU um so näher, als die Christlichen Demokraten so wie alle nicht-kommunistischen Parteien keinen direkten Weisungen der Besatzungsmacht unterlag. Eine unmittelbare Befehlsgebung wäre aus Moskauer Sicht unzweckmäßig gewesen – zum einen, weil eine sachliche Notwendigkeit dazu nur bei der KPD/SED bestand, der man, wenn auch zunächst nur in sehr begrenztem Maße, echte Machtbefugnisse übertrug, und zum anderen, weil man weder seine politischen Absichten noch das Ausmaß der Fremdbestimmung durch die UdSSR vor Außenstehenden offenlegen wollte. Es kam daher aus der Sicht des Kreml darauf an, daß die bürgerlichen Politiker ihre subalterne Lage akzeptierten und sich den durch die KPD/SED übermittelten Instruktionen fügten. Die Besatzungsbehörden vermieden es dementsprechend nach Möglichkeit, ihre Forderungen unmittelbar auszusprechen und durchzusetzen. Nur wenn sie keine andere Option mehr hatten, irreparabel erscheinenden Schaden abzuwenden, nahmen sie offene Interventionen (wie im Falle der Amtsenthebung von Hermes und Schreiber) in Kauf. Das änderte sich Mitte 1947, als die bis dahin genommenen Rücksichten darauf entfielen, welchen Eindruck man bei den Westmächten hervorrief. Von da an wurde es für die SMAD wesentlich einfacher, die CDU auf ihre Linie zu zwingen und zu einer Satellitenpartei zu machen.

